

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT



Zeitung der **DKP** Hannover zur Kommunalwahl 2016

Wohnungsnot in Hannover:

Öffentlich bauen statt Private fördern!

Wer in letzter Zeit eine Mietwohnung in Hannover gesucht hat, kennt das Problem: Wohnungsbesichtigungen mit dutzenden Interessenten, Mietpreise jenseits von Gut und Böse, Absagen ohne Ende, immer mehr Abstriche machen bei den eigenen Wohnungsvorstellungen ...

Kurz gesagt: Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist glänzend für Banken, Baukonzerne und Immobilienfonds. Sie ist schlecht für Mieterinnen und Mieter, die einfach eine schöne Wohnung zu einem günstigen Preis mieten wollen. Für Menschen mit geringem Einkommen ist die Situation sogar dramatisch: Große Teile des monatlichen Geldes gehen für die Miete drauf, Erwerbslose werden von der Arbeitsagentur aus „zu großen“ Wohnungen rausgeschmissen. Ganze Stadtviertel werden nahezu unbewohnbar für alle, denen das nötige Kleingeld fehlt. Aber auch für die, die es sich noch leisten können, wird die finanzielle Belastung und die Wohnungsnot zunehmend spürbar.

Die hannoversche Wohnungspolitik ist zu einem stadtweiten Thema geworden. Auf Wahlplakaten versprechen jene etablierten Parteien, die zugesehen haben wie die durchschnittlichen Mieten in Hannover seit 2011 um durchschnittlich 5,9 Prozent gestiegen sind, „mehr sozialen Wohnraum“. Die Stadt Hannover und die Immobilienwirtschaft versprechen den Bau von 1000 neuen Wohnungen pro Jahr.

Liegt die Ursache also darin, dass in den letzten Jahren einfach zu wenig Wohnungen gebaut wurden? Ist die Lösung jetzt in greifbarer Nähe, da die Stadtpolitik scheinbar aufgewacht ist?

Tatsächlich liegt das Problem darin, dass Mietwohnungen ein profitables Geschäft sind. Für Banken, die Kredite vergeben, für Bauunternehmen, die lukrative Aufträge



erwarten. Für Immobilienhändler- und Besitzer, die Mieten erhöhen, wenn Lage und Markt es ermöglichen.

Diese Profiteure hoffen auf Verknappung des Angebots im Verhältnis zur Nachfrage und auf steigende Grundstückspreise. Auch wenn die Parteien SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD es immer wieder behaupten, der Markt kann das Problem der Wohnungsnot und der hohen Mieten nicht lösen. Es ist nur lösbar, wenn die Wohnungsversorgung zu einer öffentlichen Aufgabe wird.

Doch was tut die Stadt Hannover? Sie stellt Fördertöpfe bereit, aus denen sich die Investoren bedienen können, denn der Erfolg der Kooperation der Stadt und den Wohnungsunternehmen – so wörtlich im Wohnkonzept 2025 – „ist von den Renditeaussichten im Wohnungsbau abhängig.“ Ohne die erwartete Rendite investieren die

privaten Vermieter nicht. Und die Rendite macht einen guten Teil der Miete aus; öffentliche Zuschüsse und Steuergeschenke sind der klägliche Versuch, die Mieten für eine kurze Zeit herunter zu subventionieren. Die städtischen Belegrechte nehmen drastisch ab, und die Preisbindung läuft in den privaten Mietshäusern nach zehn bzw. maximal 15 Jahren aus.

Wir, die Kommunalwahlkandidatinnen und -kandidaten der DKP, halten dagegen: Keine Rendite mit der Miete! Hannover braucht eine große Zahl von städtischen Wohnungen, mit dauerhaft niedrigen Mieten und Belegrechten für die Stadt. Dies nützt direkt Wohnungssuchenden mit niedrigem Einkommen (mit Berechtigungsschein) und indirekt allen Mietern, weil es Mieten insgesamt senkt.

Wir fordern:

- Gesetzlicher Mietpreisstopp anstatt der untauglichen Mietpreisbremse!
- Verbot von Zwangsumzügen von ALG-II-Bezieherinnen und -Beziehern!
- Neubau von mindestens 1000 neuen städtischen oder genossenschaftlichen Wohnungen pro Jahr – mit garantierten Sozialmieten!
- Keine Privatisierung städtischen Bodens!

Offene Liste

DKP

X HANNOVER 2016



Der Steintorplatz muss frei bleiben!

Seit 2009 geistert das Vorhaben „Bebauung des Steintorplatzes“ durch die Prospekte der Stadt Hannover. Im Konzept für die Innenstadt City 2020+ wurde das Verschubeln öffentlicher Räume beschlossen: der Klagesmarkt, der Marstall und der Köbelinger Markt. Anfang Oktober 2015 waren die fortgeschrittenen Verhandlungen der Stadt mit dem Düsseldorfer Unternehmen „Centrum“ in der HAZ be-

kannt gegeben worden. Nun sollen nach dem Willen der Stadtoberen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Weder der Stadtverwaltung noch der Ratsmehrheit geht es auf dem Steintorplatz um Sozialwohnungen. SPD und die Grünen wollen die Aufwertung des Platzes für den Profit der Geschäfte und ihrer Banken, nicht zu vergessen der Baukonzerne. Im Stadt-Anzeiger/Nord vom 29.10.2015 wird der städtische Baudezernent zitiert: „Bodemann gibt zu bedenken, dass es dem Investor nicht in erster Linie darauf ankomme, Wohnraum zu schaffen. *Hauptinteresse des Investors ist es, dort Einzelhandel anzusiedeln*“, sagt er“ (im Bezirksrat Mitte).

Aber wer braucht denn noch mehr Geschäfte und Verkaufsfläche, für die ein öffentlicher Platz privatisiert werden soll? Wenn die Masseneinkommen nicht kräftig steigen und es weiterhin drei Millionen Arbeitslose gibt, wird es an der nötigen Kaufkraft fehlen. Das ist das eigentliche Problem des Einzelhandels. Und das scheinheilige Argument der Studentenwohnungen? Die könnte man bei einer sinnvollen Sanierung des Ihme-Zentrums elegant mit berücksichtigen.

Unzweifelhaft ist, dass die übergroße Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung die von SPD und GRÜNEN beabsichtigte Bebauung des Steintorplatzes ablehnt. Ge-

gen alle guten Argumente für das Freibleiben und eine attraktive Gestaltung des Steintorplatzes sind die Führungen von SPD und GRÜNEN wild entschlossen, die Bebauung gegen den Bevölkerungswillen durchzudrücken. Eine Befragung der Hannoveraner/innen zum Thema lehnten beide Parteien im Rat mit fadenscheinigen Begründungen rigoros ab. Soviel zum Demokratieverständnis dieser Ratsparteien und zur viel beschworenen Bürgerbeteiligung.

Die Forderungen der DKP sind eindeutig: **Der Steintorplatz muss frei bleiben. Mit attraktiver Gestaltung, hoher Aufenthaltsqualität und für vielerlei Nutzungen der Öffentlichkeit, für Feste, Märkte, Kundgebungen. Als Platz zum Verweilen und Ausruhen.**

Offene Liste

DKP

X HANNOVER 2016



Ihme-Zentrum – Investitionsruine als „Stadt in der Stadt“?

Als 1974/75 das Ihme-Zentrum errichtet wird, ist es doppelt so groß, wie in der ursprünglichen Planung von 1967 vorgesehen. Die damaligen Investoren, die Norddeutsche Landesbank (NordLB) und die Westdeutsche Landesbank (WestLB), verfolgten die Strategie des unbegrenzten Wachstums, auch des Profitwachstums.

Das ursprüngliche Konzept hieß „Stadt in der Stadt“ und sah eine Mischung von Wohnungen, Büros, Läden und Parkflächen vor. Kommerzieller Kern war ein Einkaufszentrum, aber nacheinander schlossen HUMA (1989), dann Allkauf und schließlich Saturn (2002); die Einkaufspassage war tot, das Konzept gescheitert.

Schließlich entledigten sich die Verantwortlichen aus Kommunal- und Landespolitik des Problems, indem sie im Jahr 2000 die Immobilie dem bayrischen Spekulanten Engel überließen. Der verkaufte mit Gewinn 2006 weiter an den internationalen Immobilieninvestor Car-

lyle-Group, die meldete 2009 für das Ihme-Projekt Insolvenz an. Schließlich ersteigert 2016 ein international tätiger Immobilienspekulant mit Firmensitz in Zypern das Ihme-Zentrum, das einen Schätzwert von nur noch 50 Millionen Euro hat, zu einem Schnäppchenpreis von 16,5 Millionen. Die Einnahmen aus den Wohnungsvermietungen betragen ca. vier Millionen Euro pro Jahr, sodass der Kaufpreis nach vier Jahren schon wieder eingespielt wäre. So läuft Stadtplanung im Kapitalismus: Die Investoren haben das Sagen und den Profit. Die Stadt erbringt dafür die Vorleistungen.

Was lehrt uns das? Wenn Immobilien zum Spekulationsobjekt werden, sind die Verlierer immer die Bewohner bzw. die Kommunen. Städtischer Grund und Boden darf nicht privatisiert werden; als Alternative gibt es andere Möglichkeiten, z. B. das Erbbaurecht oder verbindliche Nutzungsverträge. Sobald eine Kommune sich selbst enteignet, hat sie praktisch

nur noch über Bebauungspläne indirekten Einfluss auf den Städtebau und ist sogar erpressbar durch die Privateigentümer, wenn diese mit Investitionsstopp drohen. Die Stadt könnte die Immobilie zurückkaufen und einen von der NordLB zu null Prozent Zinsen gegebenen, vom Land bürgschaftlich gesicherten Kredit über die für eine Renovierung notwendigen 200 Millionen Euro für einen Ihme-Zentrum-Investitionsfond geben und damit einen Neuanfang ermöglichen. Ob das allerdings weiterhin unter dem Motto „Stadt in der Stadt“ funktioniert, muss bezweifelt werden. Linden braucht nicht eine Stadt nebenan; gebraucht werden erschwingliche städtische Wohnungen mit nicht erlöschenden Belegrechten.

Die grundsätzliche Haltung der Kommunisten beim Thema Wohnen und Stadtplanung bleibt: **Öffentlich bauen statt Private fördern.**



Reale Chancen für DKP-Mandate!

Bereits in den 1980er Jahren war die DKP im hannoverschen Rat vertreten und wirkte dort bei allen Belangen unserer Stadt konsequent für die Interessen der Bevölkerung. Mit zwei Bürgeranträgen mit jeweils über 12.000 und 15.000 Unterschriften für einen Preisstopp bei Strom, Gas und Fernwärme war sie erstmalig in der hannoverschen Stadtgeschichte mit Bürgeraktionen solcher Art erfolgreich.

Auch 2016 bestehen durchaus reale Chancen, Mandate in Rat und drei Bezirksräten zu erreichen. Ungefähr 1600 Wähler/-innen sind stadtweit notwendig für ein Ratsmandat. Die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel findet bei der anstehenden Kommunalwahl keine Anwendung.

Jede Stimme zählt!

So kann in jedem Wahllokal der Stadt dazu beigetragen werden, dass künftig wieder eindeutig auch im Rat Positionen gegen Rotstiftpolitik und Bürgerbelastungen zum Tragen kommen.

Hannover würde es gut tun!

Schwimmbäder gehören zur Lebensqualität in Hannover!

Die DKP ist für den Erhalt und den Ausbau von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen. Die städtischen Bäder sind beispielhaft wichtig, weil sie von einem besonders großen Kreis der Bevölkerung in Anspruch genommen werden.

Auf die sattem bekannte Argumentation von Kämmerer Hansmann, die Bäder bräuchten unzumutbare Zuschüsse, können wir nur immer wieder zurückgeben: Wofür werden denn Steuern gezahlt? Die Privatisierungs-Befürworter von SPD über FDP und Grüne bis zur CDU mögen durch die Privatisierungs-Katastrophe Misburger Bad einen Dämpfer bekommen haben. Wie lange hält der an? Und können wir der Äußerung von OB Schostok vertrauen, dass nach dem Totalausfall des Misburger Bades die nun zusätzlich erforderlichen Millionen für ein neues Bad das gesamte Bäderkonzept nicht gefährden?

Jetzt muss die Modernisierung der Bäder zielstrebig und konsequent angepackt werden – zum Wohle der Kinder und Jugendlichen, der Senioren, der Familien und der Sport treibenden Bevölkerung unserer Stadt. Der Zeitraum von 15 Jahren ist viel zu lang. Geld ist genügend vorhanden, zumindest wenn man es politisch will!

Der Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken fordert seit vielen Jahren den Ausbau des **Hallenbades Stöcken** mit einem Kinderbereich. Die DKP unterstützt die Forderung des städtischen Personals im Bad, dass dieser Kinderbereich auch die Funktion eines Lehrschwimbeckens erfüllen muss. Schwimmkurse für Anfänger müssen noch immer in der Wilhelm-Schade-Schule durchgeführt werden; erst die Fortsetzungskurse können dann im Hallenbad stattfinden.

Für das **Fössebad** fordert die DKP die zügige Entscheidung Sanierung oder Neubau und die Rekommunalisierung. Die Vereine Waspo und Hochschulsport sind finanziell gar nicht in der Lage, den Standard der städtischen Bäder zu realisieren, wo außerdem das Personal tariflich bezahlt wird. Die Nutzungsrechte der engagierten Vereine müssen aber gesichert bleiben!

Ein guter Bürgerservice ist ohne ausreichendes Personal nicht möglich. So kritisierte der Personalratsvorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadtverwaltung die Bäderpolitik Hannover. In den vergangenen Jahren sind immer mehr Stellen im Bäderbereich gestrichen worden. Nicht Kürzung der Öffnungszeiten, sondern de-

ren Ausweitung wird den Streit der Vereine um die Wasserflächen befrieden.

Aus der Pannenserie des **Hainhölzer Naturbads** – dem aktuellen Schaden im Bereich der Umwälzpumpen und der Schließung für diesen Sommer – müssen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Keine erneute Privatisierung, wie das die Rechten von CDU über FDP bis AfD nun fordern mögen.

Mehr Geld für die technische Überwachung der Bäder!



Hände weg von den städtischen Kleingärten – für den Wohnungsbau gibt es andere Flächen

Mit vollem Recht sind hunderte Kleingärtner empört, dass „ihr“ Bezirksverband mit der Stadtverwaltung ein Kleingartenkonzept ausgehandelt hat, das die Vertreibung von ihren Kleingärten beinhaltet – scheinbar alternativlos und ohne die Vereine in den Kolonien zu informieren.

Es sollen 813 Parzellen dem Wohnungsbau weichen. Insgesamt 450.000 Quadratmeter städtische Gartenfläche sollen für Finanzinvestoren im Wohnungsbau privatisiert werden. Betroffen sind Kleingärtner insbesondere im Bereich der Medizinischen Hochschule und am Vinnhorster Weg (Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken).

Dabei gibt es Alternativen: Die Riesenfläche der Emmich-Cambrai-Kaserne

hinter der Vahrenwalder Straße, auf der etliche hundert Sozialwohnungen entstehen könnten. Es gibt Gewerbeflächen, welche die Stadt aufkaufen kann, um sie mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBH mit echten Sozialwohnungen zu bebauen – z.B. das ehemalige Gelände von Wabco-Steuerungstechnik (Bartweg/Ecke Badenstedter Straße).

Die DKP fordert stadteigene Sozialwohnungen mit dauerhaft niedrigen Mieten und Belegrechten für die Stadt. Wozu hat die Kommune eine eigene Wohnungsbaugesellschaft, wenn nicht für solche Zwecke? Die privaten Finanzinvestoren bauen nur, wenn ihre Rendite, das heißt der Profit stimmt. Und diese Rendite macht einen guten Teil der Miete aus. Öffentliche Zuschüsse und

Steuergeschenke sind der klägliche Versuch, die Mieten für eine kurze Zeit herunter zu subventionieren. Nach etwa zehn Jahren erlöschen die Belegrechte und das öffentliche Geld ist verpufft.

Die DKP ist solidarisch mit den Kleingärtnern, die sich gegen ihre Vertreibung wehren. Wie es in ihrem Einwohnerantrag heißt, „*leisten die Kleingärten einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Klimaverbesserung in der Stadt, zu Boden- und Artenschutz und zur Landschaftsvielfalt. Sie fördern somit die Erhöhung der Lebensqualität für alle Bürger.*“

Warum diese Bemühungen durch die Verscherbelung wertvoller Flächen durch die Stadt zunichte gemacht werden, bleibt ein Geheimnis der Verwaltung und der Ratsparteien.

Hannover – Stadt der Bücherei-Schließungen?



Kürzlich war es wieder so weit: Im Lindener Ihmezentrum wurde ein Büchererschrank „eingeweiht“. Zuvor wurde bereits die vermeintliche Erfolgsgeschichte der hölzernen Gratis-Ausleihmöbel in den örtlichen Medien dargestellt und verbreitet. Doch Vorsicht bei vorschnellen Urteilen ist angebracht: So wurden in den

hannoverschen Stadtteilen in der Vergangenheit sage und schreibe zehn Büchereien von der Ratsmehrheit geschlossen. In Ahlem, Anderten, Bemerode, Hainholz, Mittelfeld und Wettbergen wurden die städtischen Büchereien liquidiert. In der List, in Ricklingen und in Linden gibt es statt zwei Büchereien jetzt nur noch

eine. Auch der zweite Bücherbus musste seinen Ausleihbetrieb einstellen. Darüber hinaus wurde die Südstadtbücherei auf eine Kinder- und Jugendbücherei zusammengeschrumpft und die Berufsschulbücherei Gustav-Bratke-Allee geschlossen.

Eine katastrophale Bilanz!

Erinnern wir uns: Gegen den massiven stadtweiten Widerstand von über 25.000 Bürger/innen musste die erfolgreich arbeitende Stadtbibliothek Limmerstraße im Lindener Freizeitheim ihre Tätigkeit beenden. Ausgerechnet zwei Lindener Ratsmitglieder, die SPD-Fraktionsvorsitzende Kastning und der grüne Kultur Ausschussvorsitzende Schlieckau, betrieben maßgeblich diese bürgerfeindliche Aktion – im Verein mit ihren Bezirksratsfraktionen, die vollständig versagten.

Nur als Treppenwitz der Geschichte kann es bezeichnet werden, dass ausgerechnet vor der geschlossenen, auch heute noch immer leer stehenden Bibliothek, das Aufstellen eines Bücherschranks von dem Bezirksrat beschlossen wurde.

Unlängst setzte sich dieses Gremium einstimmig für die Wiedereröffnung (!) der Stadtbibliothek Limmerstraße ein. Ist da tatsächlich aus unverzeihlich schwerwiegenden Fehlern der Vergangenheit gelernt worden oder handelt es sich lediglich um vordergründiges Wahlkampfgetöse?

Die DKP fordert:

Sofortige Wiedereröffnung aller geschlossenen Stadtteilbibliotheken!

Krieg ist die Fluchtursache Nummer 1

Die Bevölkerung Hannovers hat im Zweiten Weltkrieg teuer bezahlen müssen. Dafür, dass Hannover ein bedeutender Rüstungsstandort in Norddeutschland war. Dafür, dass die Wehrmacht des faschistischen deutschen Reiches die Völker Europas überfallen hat. Die Folgen vor Ort waren eine fast komplett zerstörte Innenstadt und die Ankunft und Aufnahme von Millionen geflüchteter Menschen aus den Ostgebieten.

Damals war den Menschen hier klar, dass der Mangel an Wohnraum nicht von den Geflüchteten verursacht worden war, sondern durch Krieg und Zerstörung.

Heute sind wieder Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verstümmelung und Tod. Auf der Flucht vor Kriegen, die von dem NATO-Bündnis geführt werden, an denen die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Mitgliedsstaat seit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien

1999 beteiligt ist. Deutschland ist seitdem in permanentem Kriegseinsatz. Derzeit u. a. in Afghanistan, Syrien, Libyen, Mali!

Und während die Kommunen kaputtgespart werden, nicht genügend Wohnraum weder für Alteingesessene noch für Neuankommende vorhanden ist, viele Schulen, Sport- und Schwimmhallen Sanierungsfälle sind, in Hannover zehn Stadtteilbibliotheken geschlossen worden sind, die Stadt öffentliche Plätze an Investoren verhökert, um kurzfristig das Stadtsäckel ein wenig zu füllen, ist an anderer Stelle genug Geld da. Wofür? **Für die Rüstung!**

In diesem Jahr beträgt der „Verteidigungshaushalt“ offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin von der Leyen will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirt-

schaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro um so weiter Kriege zu führen und Banken und (Rüstungs-) Konzerne an diesen verdienen können.

Geld, welches für den Bau von bezahlbaren Wohnungen und der Errichtung von Vollzeit Arbeitsplätzen im zivilen Bereich benutzt werden muss!

Denn nicht die Geflüchteten sind verantwortlich für Mangel an Wohnraum und zu wenigen Arbeitsplätzen, sondern das Profitinteresse von Immobilienkonzernen, Banken und (Rüstungs-)Industrie.

Eine Friedensstadt Hannover muss sich gegen Kriegseinsätze und Rüstungsexporte einsetzen.

Wer sich mit Geflüchteten solidarisiert, ihnen helfen will und sich den Rassisten in den Weg stellt, muss auch NEIN sagen zum Krieg.

Stop Wars – gemeinsam gegen ihre Kriege

Auch von Hannover geht Krieg aus – stoppen wir ihn hier!

„Bundeswehr – Karriere mit Zukunft“ prangt es an Bushaltestellen oder in den Bahnen der Üstra. Der Dienst an der Waffe soll vor allem Jugendlichen auf der Suche nach dem zukünftigen Beruf schmackhaft gemacht werden. Denn deren Zukunft ist unsicher: Schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz oder einen Job. Da verspricht das deutsche Militär viel: Bezahlte Ausbildung oder Studium klingen verlockend. Was verschwiegen wird ist Leistungsdruck und Schikane, sexuelle Übergriffe auf Soldatinnen und die Verpflichtung, für die Interessen der deutschen Banken und Konzerne zu so genannten „Friedenseinsätzen“ in alle Welt geschickt zu werden, z. B. nach Syrien, Mali, Afghanistan. Insgesamt ist die (laut Grundgesetz als reine Verteidigungsarmee vorgesehene) Bundeswehr in derzeit 18 Auslandseinsätzen aktiv. Um Brunnenbauern und Menschenrechte geht es dabei nicht, vielmehr um Einflussphären, Absatzmärkte und Rohstoffe für Großkonzerne.

Auf ihrem 22. Bundeskongress im Frühjahr 2016 beschloss die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ihre neue Kampagne „Stop Wars – Gemeinsam gegen ihre Kriege“. Vor Ort

und bundesweit wollen wir als junge KommunistInnen Kriegstreiber und Profiteure von Kriegen, Hunger und Flucht outen und aufzeigen, dass an Aufrüstung und Militäreinsätzen nur die Herrschenden und Besitzenden ein Interesse haben können, niemals aber die Völker.

Denn während öffentliche Gelder in die Bundeswehr, ihre technische und strukturelle Aufrüstung sowie ihre mediale Propagandamaschine zur Image-Aufbesserung gesteckt werden, wird der Sozialstaat immer weiter abgebaut. Innerhalb der nächsten vier Jahre, so „Verteidigungs“-Ministerin Ursula von der Leyen, soll der Rüstungsetat um weitere 10,2 Milliarden Euro angehoben werden. Schon 2016 betrug der Jahresetat 34,29 Mrd. Euro.

Doch Krieg und Rüstung kostet nicht nur viel, er macht auch einige wenige reich. Von 2014 bis 2015 haben sich die Umsätze deutscher Waffenexporte beinahe verdoppelt. Davon sehen jene die für Rüstungskonzerne arbeiten nichts. Während den einen NATO-Bomben auf die Köpfe fliegen oder deutsche Panzer ihre Heimat bedrohen, sehen die ArbeiterInnen hier nichts von dem Geld, das die deutsche Kriegsindustrie abwirft. Wie immer im

Kapitalismus, werden die großen Gewinne privatisiert, während die Verluste durch Vertreibung, Kriegszerstörung und krisenbedingten Kahlschlag die Gesellschaft tragen muss.

Wir als SDAJ wollen mit unserer Kampagne auch in und um Hannover aktiv werden. Denn auch hier wird an Schulen und Berufsschulen für das Morden und Sterben geworben, trotz Zivilklausel an der Leibniz-Uni für die Bundeswehr geforscht und (z. B. bei MTU Maintenance in Langenhagen) für den Krieg produziert.

- Wie die DKP wollen wir bundeswehrfreie Bildungsstätten.
- Wir wollen eine zivile Produktion, bei der die ArbeiterInnen und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht haben sollen, was und wie produziert wird.
- Wir wollen ein Ausbildungsgesetz, das der Arbeiterjugend Ausbildung, Übernahme und soziale Standards garantiert.
- Wir brauchen keine Kriegshetze und keine Bundeswehr, so „hip“ sie sich auch geben mag.
- Wir brauchen eine Zukunft in Frieden. Deswegen unterstützen wir die DKP Hannover in ihrem Kommunalwahlkampf, weil sie die einzige Partei ist, die sich konsequent gegen Rüstung und deutsche Kriegseinsätze stellt.

„Stop Wars“-Kampagnenseite:
gegenkrieg.jetzt

SDAJ Hannover:
facebook.com/sdajhannover

E-Mail:
kontakt@niedersachsen.sdaj-netz.de



Unser Team für den Stadtbezirksrat Linden-Limmer: Matthias Wietzer, Gerda Marotzky, Aram Ali (v.l.n.r.).

Offene Liste
DKP

 **HANNOVER 2016**

Die Stadt den Menschen, nicht dem Profit!

Am 11. September 2016 werden der Rat der Stadt Hannover und die Stadtbezirksräte neu gewählt. Wir, die Kandidaten und Kandidatinnen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), treten mit einer auch für Nichtmitglieder offenen Liste zu den Wahlen für den Rat und die Bezirksräte Linden-Limmer, Mitte und Herrenhausen-Stöcken an.

Was will die DKP verändern?

Wir wollen die Armut bekämpfen. 100.000 Menschen in Hannover sind arm oder am Rande der Armut. Gleichzeitig sprudeln die Gewinne der Konzerne und Banken, nimmt die Zahl der Superreichen zu. Während immer mehr Menschen kaum noch wissen, wie sie mit ihrem Einkommen bis zum Ende des Monats zurechtkommen sollen, wächst der private Reichtum enorm. Wir wollen den Reichtum umverteilen – von oben nach unten.

Wir wollen Schluss machen mit dem Kürzen und Sparen bei sozialer Infrastruktur, Kultur und Sport. Die Politik der regierenden Parteien lehnen wir ab. Angefangen bei Schließungen von Stadtteilbibliotheken und dem Schwimmbad-Desaster in Misburg bis hin zu den Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und der Sporthallenmieterhöhung für Vereine. Wir sagen stattdessen: Streichen bei den Reichen!

Wir machen uns insbesondere stark für den Erhalt und Ausbau der städtischen Schwimmbäder – vom Stöckener Bad bis zum Fössebad in Linden, das endlich eine solide öffentliche Finanzierung braucht.

Auch Jahre nach der Schließung von zehn Stadtteilbibliotheken fordern wir: Macht sie wieder auf!

Wir wollen den Mietenwahnsinn stoppen. Die Mieten in unserer Stadt steigen seit Jahren. Hannover braucht eine große Zahl städtischer Wohnungen mit dauerhaft niedrigen Mieten und Belegrechten für die Stadt. Die derzeitige Wohnungsbauförderung der Stadt Hannover ist die Förderung privater Investoren. Wir fordern: Öffentlich Bauen statt Private fördern! Mietpreisstopp anstatt der untauglichen Mietpreisbremse!

Wir wollen keine Bebauung am Steintorplatz. Die Pläne der rot-grünen Ratsmehrheit dienen nur den Gewinninteressen der Konzerne und des Innenstadthandels, nicht den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern. Die wenigen geplanten Wohnungen sind nur ein Alibi.

Wir wollen die unhaltbare finanzielle Situation der Kommunen beenden. Milliarden, Banken und Konzerne sollen zahlen – nicht das Volk.

Wir wenden uns gegen die Militärspektakel der Bundeswehr mit städtischer Unterstützung. Keine Rekrutierungs- und Propagandaveranstaltungen an hannoverschen Schulen!

Wir wollen Schluss machen mit den Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Wir fordern kurzfristig die Einführung eines kostenlosen Sozialtickets für alle, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Und langfristig den Nulltarif im gesamten GVH-Personennahverkehr.

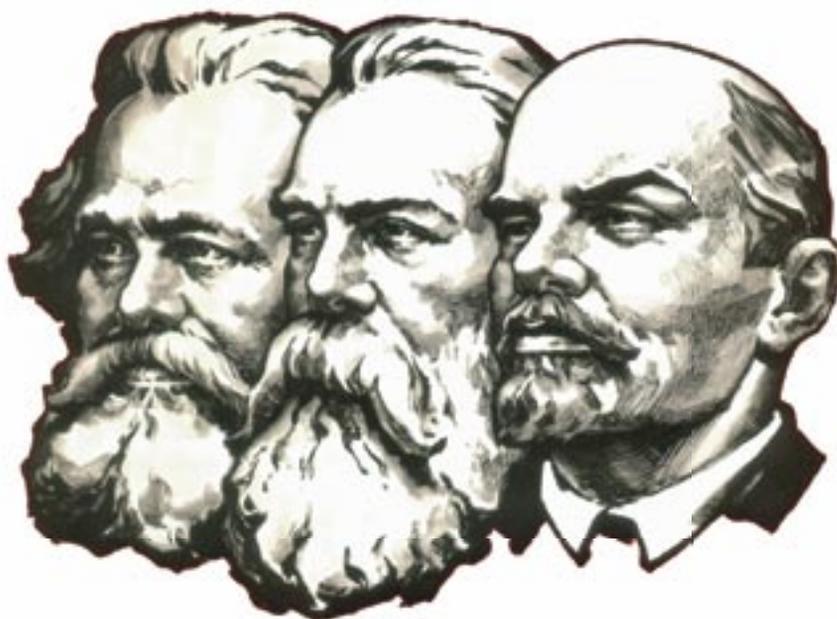
Wir sind für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen, statt in Massenunterkünften und Sporthallen. Kein „Gegeneinander auspielen“ von Flüchtlingen, Obdachlosen, Erwerbslosen, Schülern, Mietern und

anderen Bevölkerungsgruppen – Geld ist genug da!

Wir stehen für eine aktive, gewerkschaftliche Interessenvertretung in den Betrieben. Gegen die Ausweitung der Arbeitszeit, Lohndumping und unsichere Beschäftigungsverhältnisse.

Diese Wahlziele umzusetzen, erfordert gemeinsames Handeln von unten – egal ob und wie stark die DKP im künftigen Rat und in den Bezirksräten vertreten ist. Diese Forderungen sind keine speziellen Forderungen der DKP; sie liegen im Interesse der Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Rentner, Schüler, Studierenden und Migranten. Wir können sie nur gemeinsam und mit langem Atem durchsetzen, wenn wir den nötigen Druck auf die Ratsmehrheit, den Oberbürgermeister, die Banken und Konzerne aufbauen.

Unsere Krisenberater



- Ja, ich möchte mehr Infos über die DKP
- Ja, ich möchte eine Beitrittserklärung zugeschickt bekommen
- Ja, ich möchte Kontakt zur DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Handy: _____

Am DKP-Stand abgeben oder einsenden an:
DKP-Hannover, Sabine Huppert, Göttinger Str. 58, 30449 Hannover

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Hannover

Offene Liste
DKP
HANNOVER 2016



Uwe Gerkens
(56 Jahre)
Pädagoge
Wahlbereich 13:
Nordstadt, Hainholz,
Vinnhorst



Uwe Ristenpart
(62 Jahre)
Rentner
Wahlbereich 9:
Ricklingen, Bornum,
Mühlenberg,
Wettbergen



Aram Ali
(26 Jahre)
Student
Wahlbereich 10:
Linden-Limmer



Andreas Hartle
(77 Jahre)
Rentner
Wahlbereich 8:
Döhren, Seelhorst,
Wüfel, Mittelfeld



Björn Schmidt
(33 Jahre)
Ingenieur
Wahlbereich 2:
List, Teil Sahlkamp



Frank Braun
(64 Jahre)
Rentner
Wahlbereich 4:
Buchholz, Kleefeld,
Heideviertel



Sabine Huppert
(60 Jahre)
Zustellerin
Wahlbereich 10:
Linden-Limmer



Reinhard Simon
(62 Jahre)
Rentner
Wahlbereich 14:
Vahrenwald, Teil List



Frank Darguß
(37 Jahre)
Pädagogischer
Mitarbeiter
Wahlbereich 6:
Kirchrode, Bemerode,
Wülferode



Veit Huppert
(59 Jahre)
Industrie-Kaufmann
Wahlbereich 11:
Ahlem, Badenstedt,
Davenstedt



Waltraud Spiller
(72 Jahre)
Rentnerin
Wahlbereich 3:
Bothfeld,
Vahrenheide,
Sahlkamp, Lahe



Vera Dege-Wietzer
(60 Jahre)
Verwaltungsbeamtin
Wahlbereich 1:
Mitte, Oststadt, Zoo,
Calenberger Neustadt



Johannes Magel
(65 Jahre)
IT-Spezialist
Wahlbereich 7:
Südstadt, Bult



Matthias Wietzer
(65 Jahre)
Lehrer, ehem. Rats-
herr und Personal-
ratsvorsitzender,
12 Jahre Berufsverbot
Wahlbereich 10:
Linden-Limmer



Claudia Elia
(49 Jahre)
Phonotypistin
Wahlbereich 12:
Herrenhausen,
Stöcken, Burg,
Leinhausen



Gerda Marotzky
(69 Jahre)
Rentnerin
Wahlbereich 5:
Anderten, Misburg

Impressum

V.i.S.d.P.:
DKP Hannover, Sabine Huppert,
Göttinger Straße 58,
30449 Hannover
www.dkp-hannover.de